

Fachinformationen der Blätter der Wohlfahrtspflege

Blätter der Wohlfahrtspflege – Deutsche Zeitschrift für Soziale Arbeit – www.bdw.nomos.de

Flexibilität bei der Eingliederung in den Arbeitsmarkt gefordert

Eine große Anzahl von Leistungsbeziehern in der Grundsicherung für Arbeitssuchende konnte bisher nicht durch die gesetzlich vorgesehenen Eingliederungsmaßnahmen in den Arbeitsmarkt integriert werden, stellt der Deutsche Verein für öffentliche und private Fürsorge e. V. fest. Durch differenzierte und flexible Instrumente könne der unterschiedliche Grad der Beschäftigungsfähigkeit der Leistungsberechtigten besser berücksichtigt werden. Das könne denjenigen, die nicht die Anforderungen des allgemeinen Arbeitsmarktes erfüllten, bessere Förder- und Teilhabeperspektiven eröffnen. Die Stellungnahme des Deutschen Vereins ist auf seiner Webseite abrufbar.

www.deutscher-verein.de/05-empfehlungen/empfehlungen_archiv/2013/DV-31-13-Eingliederungsleistungen-SGB-II

Mehr Jobs, mehr Armut

Deutschland hatte 2012 mit 41,5 Millionen so viele Erwerbstätige wie noch nie. Trotzdem sind heute mehr Menschen von Armut bedroht und mehr Menschen dauerhaft arm. Dieses Bild zeichnet der neue »Datenreport 2013. Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland«. Statistiker und Sozialforscher haben darin Zahlen und Befunde zu wichtigen Lebensbereichen zusammengestellt. Der Datenreport wird herausgegeben vom Statistischen Bundesamt, der Bundeszentrale für politische Bildung, dem Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung und dem Sozio-oekonomischen Panel am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung in Berlin. Der Datenreport ist kapitelweise oder als Gesamtwerk (434 Seiten) kostenlos im Internet verfügbar.

www.bpb.de/nachschlagen/datenreport-2013

Paritätischer fordert verlässliche Finanzierung für Frauenhäuser

Der Paritätische Wohlfahrtsverband fordert die Politik auf, endlich für eine verlässliche Finanzierung der rund 350 existierenden Frauenhäuser und zahlreichen Beratungsstellen zu sorgen. Darüber hinaus müsse durch einen verbindlichen Rechtsanspruch auf Schutz und Hilfe der Zugang aller Betroffenen zu den Zufluchtseinrichtungen und Beratungsangeboten sichergestellt werden. Mehr als 20.000 von Gewalt betroffene Frauen und ihre Kinder suchten nach Angaben des Verbandes jährlich Zuflucht in Frauenhäusern. Fast jede vierte Frau werde in ihrem Erwachsenenleben mindestens einmal Opfer körperlicher oder sexueller Gewalt durch einen Beziehungspartner. Rund 42 Prozent aller Frauen seien psychischer Gewalt ausgesetzt. Die Broschüre »Bundesweite Standards für die notwendige Ausstattung und fachliche Arbeit von Frauenhäusern« steht im Internet kostenlos zur Verfügung.

www.der-paritaetische.de/uploads/tx_pdfsorder/broschuere_rahmenbedingungen_frauenhaus_web.pdf

Beratungsstelle Inklusion in Baden-Württemberg gegründet

Das baden-württembergische Sozialministerium stellt 150.000 Euro für den Aufbau einer »Kommunalen Beratungsstelle Inklusion« zur Verfügung. Die beim Städtetag Baden-Württemberg angesiedelte Stelle soll die Kommunen dabei unterstützen, den Inklusionsgedanken vor Ort umzusetzen. Aufgabe der neuen Beratungsstelle wird es sein, Städte für das Thema zu sensibilisieren und zu schulen, ein umfassendes Beratungskonzept für Kommunen zu erstellen und die Umsetzung der Inklusion auf der lokalen Ebene zu begleiten. Das Stuttgarter Sozialministerium erstellt derzeit federführend für Baden-Württemberg einen Aktionsplan mit Maßnahmen zur Umsetzung der Konvention. Aber auch

auf lokaler Ebene ist flächendeckend die Entwicklung entsprechender Umsetzungspläne erforderlich.

www.staedtetag-bw.de

Aktion Mensch initiiert »Inklusionsbarometer«

Menschen mit Behinderung profitieren von der positiven Tendenz am Arbeitsmarkt deutlich weniger als Menschen ohne Behinderung. Dies belegt das erstmals erhobene Inklusionsbarometer der Aktion Mensch zum Thema Arbeit. Ziel des vom Handelsblatt Research Institute entwickelten Barometers ist es, Auskunft über den Grad der Inklusion in der Arbeitswelt zu geben. Im Ergebnis ist die Quote der Arbeitslosen mit Behinderung mit 14 Prozent fast doppelt so hoch wie bei Menschen ohne Behinderung. Zudem stellten die Arbeitgeber von Menschen mit Schwerbehinderung im vergangenen Jahr rund fünf Prozent mehr Anträge auf Kündigung bei den Integrationsämtern als im Durchschnitt des vorangegangenen Fünf-Jahreszeitraums. Für das Inklusionsbarometer Arbeit sind 402 mittelständische Unternehmen und 807 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit Behinderung befragt worden. Zugleich sind die jüngsten Zahlen aus verschiedenen Quellen wie der Bundesagentur für Arbeit in die Bewertung eingeflossen. Das Barometer setzt sich aus Teilergebnissen zur Lage und zum Klima zusammen und wird von der Aktion Mensch ab 2013 jährlich erhoben.

www.aktion-mensch.de

Leitfaden: Ehrenamtliche Vorstände gesucht

Die Akademie Management und Politik der Friedrich-Ebert-Stiftung hat einen Leitfaden veröffentlicht, wie Organisationen ehrenamtliche Vorstände gewinnen und binden kann. Neben Empfehlungen enthält die 32-seitige Broschüre auch ironisch gemeinte Anti-Tipps, die dafür sensibilisieren sollen, wie man Menschen

Themenhefte der Blätter der Wohlfahrtspflege

**Engagement als Ressource**

Blätter der Wohlfahrtspflege 6/2006

Soziale Arbeit und Wohnungswirtschaft

Blätter der Wohlfahrtspflege 1/2007

Stiftungen

Blätter der Wohlfahrtspflege 2/2007

Beratung

Blätter der Wohlfahrtspflege 3/2007

Krisendienste

Blätter der Wohlfahrtspflege 4/2007

Schnittstellen der Jugendhilfe

Blätter der Wohlfahrtspflege 5/2007

Selbstständigkeit in der Sozialen Arbeit

Blätter der Wohlfahrtspflege 6/2007

Kindertagesstätten

Blätter der Wohlfahrtspflege 1/2008

Jugendsozialarbeit

Blätter der Wohlfahrtspflege 2/2008

WohlfahrtsverbändeProduktionsauftrag:
zivilgesellschaftlicher Mehrwert
Blätter der Wohlfahrtspflege 3/2008**Islam**Kritische Kooperation erwünscht:
Muslimische Vereine als Partner in der
Sozialen Arbeit
Blätter der Wohlfahrtspflege 4/2008**Pflegeversicherung**Fünf Fragen an die Pflege der Zukunft:
Who cares? Wie Unterstützung und
Kooperation gestalten? Wie Teilhabe
sichern? Wie finanzieren? Was macht
gute Pflege aus?
Blätter der Wohlfahrtspflege 5/2008**Corporate Citizenship**Gute Geschäfte: Die Renaissance unter-
nehmerischen Engagements
Kooperationen sind Tauschgeschäfte: Wie
man Unternehmen als Partner gewinnt
Pflegeversicherung
Blätter der Wohlfahrtspflege 6/2008**Aspekte kommunaler Versorgung**Die Zukunft der Kommune: weniger,
älter, bunter
Blätter der Wohlfahrtspflege 1/2009**Forschung**Wissen generieren für die Theorie und
für die Praxis Sozialer Arbeit
Blätter der Wohlfahrtspflege 2/2009**Verbraucherschutz**Vom Klienten zum Kunden – Konse-
quenzen für soziale Dienste und Einrich-
tungen
Blätter der Wohlfahrtspflege 3/2009**Recht**Fachkräfte Sozialer Arbeit als Experten
für soziales Recht
Blätter der Wohlfahrtspflege 4/2009**Rechtsextremismus**Freie Wohlfahrtspflege gegen pädagogi-
sche und soziale Bestrebungen rechtsex-
tremer Organisationen
Blätter der Wohlfahrtspflege 5/2009**Gesundheitsschutz**Befähigung zur Gestaltung gesunder
Lebenswelten
Blätter der Wohlfahrtspflege 6/2009**Ethik**Soziale Gerechtigkeit als Grundlage der
Profession Sozialer Arbeit
Blätter der Wohlfahrtspflege 1/2010**Armutsberichterstattung**Was mit dem ersten Armutsbericht
von 1989 angestoßen wurde – und was
immer noch nicht erreicht ist
Blätter der Wohlfahrtspflege 2/2010**Beschäftigungsförderung**Das Arbeitsleben mit Lebensarbeit verbind-
en und Verwirklichungschancen mehren
Blätter der Wohlfahrtspflege 3/2010**Zentren und Netze der Kompetenz**»Nicht gegeneinander, sondern mitein-
ander arbeiten«
Blätter der Wohlfahrtspflege 4/2010**Familienförderung und Kinderschutz**Die Förderung menschlicher Beziehun-
gen als Aufgabe von Wohlfahrt
Blätter der Wohlfahrtspflege 5/2010**Corporate Governance**Soziale Dienste und Einrichtungen gut
und richtig führen
Blätter der Wohlfahrtspflege 6/2010**Care**Sorge mit Aussicht – der private Haus-
halt und die Soziale Arbeit
Blätter der Wohlfahrtspflege 1/2011**Soziale Daseinsvorsorge**Kommunen zwischen Haushaltskon-
solidierung und ihren Aufgaben als
Koordinator lokaler Arrangements
Blätter der Wohlfahrtspflege 2/2011**Generalisierung vs. Spezialisierung**Die soziale Profession braucht Einheit in
Vielfalt
Blätter der Wohlfahrtspflege 3/2011**Quartiersmanagement**Partizipation als Gewinn für alle
Blätter der Wohlfahrtspflege 3/2011**Innovationen**Zwischen Reformstau und Reformmüdigkeit
Blätter der Wohlfahrtspflege 5/2011**Neuer Wohlfahrtsmix**So viel Nachbarschaft wie möglich, so
viel professionelle Hilfe wie nötig
Blätter der Wohlfahrtspflege 6/2011**Person – Milieu – Sozialraum**Das Quartier als Milieu der Dienste und
des Engagements
Blätter der Wohlfahrtspflege 1/2012**Versorgung gestalten**Vom Zusammenwirken von Professio-
nen, Diensten und Nutzern
Blätter der Wohlfahrtspflege 2/2012**Beratung in der Sozialen Arbeit**Querschnittsaufgabe und spezialisiertes
Arbeitsfeld
Blätter der Wohlfahrtspflege 3/2012**Lebensqualität**Eine über Wachstum und Wohlstand
hinausgehende gesellschaftliche Leitidee
Blätter der Wohlfahrtspflege 4/2012**Steuerung in der Sozialen Arbeit**

Blätter der Wohlfahrtspflege 4/2012

Soziale Freiwilligendienste

Blätter der Wohlfahrtspflege 6/2012

Pflege

Blätter der Wohlfahrtspflege 1/2013

Wohnen in Bewegung

Blätter der Wohlfahrtspflege 2/2013

Personal in der Sozialen Arbeit

Blätter der Wohlfahrtspflege 3/2013

Orte früher Bildung

Blätter der Wohlfahrtspflege 4/2013

Europäische Union

Blätter der Wohlfahrtspflege 5/2013

Schule und Soziale Arbeit

Blätter der Wohlfahrtspflege 6/2013

Finanzierung Sozialer ArbeitBlätter der Wohlfahrtspflege 1/2014
Der Jahresbezugspreis beträgt 79,- Euro
(für Studierende und arbeitslose Bezie-
her auf jährlichen Nachweis 41,- Euro).
Die Einzelhefte können zum Preis von
18,- Euro zuzüglich Versandkosten und
Mehrwertsteuer bezogen werden.Nomos Verlagsgesellschaft,
Postfach 10 03 10, 76484 Baden-Baden,
Telefon 07221 2104-0, Fax 07221 210427,
E-Mail Nomos@nomos.de, Internet
<http://www.nomos.de>

Werte und Wertebildung in Familien, Bildungsinstitutionen, Kooperationen

Beiträge aus Theorie und Praxis

Herausgeber:
Deutsches Rotes Kreuz e. V.,
Projektteam Wertebildung in Familien –
Annegret Erbes / Charlotte Giese /
Heribert Rollik

Wertebildung in Familien

Der Band »Werte und Wertebildung in Familien, Bildungsinstitutionen, Kooperationen« versteht sich als Abschlussveröffentlichung des bundesweiten trägerübergreifenden Praxisprojekts »Wertebildung in Familien«, das von 2008 bis 2013 vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert und vom Generalsekretariat des Deutschen Roten Kreuzes realisiert wurde.

Ziel des Projekts war es, Wertetransmission in Familien durch die Entwicklung von Angeboten der Familienbildung zu unterstützen. Das thematisch bewusst

breit konzipierte Fachbuch liefert den theoretisch-wissenschaftlichen Hintergrund zu der im Projekt entwickelten pädagogischen Praxis und soll einen Beitrag dazu leisten, die Wertethematik und die Projektergebnisse auch für die Ausbildung von Pädagoginnen und Pädagogen nutzbar zu machen.

Im Mittelpunkt stehen die folgenden Fragen: Was sind Werte und wie vollzieht sich Wertebildung? Was waren Ziele und Konzepte des Projekts und wie lassen sich die Ergebnisse sichern und für andere Einrichtungen nutzbar machen? Welche Rolle spielen Werte in der Kooperation der Bildungspartner Kindertagesstätte, Schule, Eltern und Familienbildung und wie kann Wertebildung als gemeinsame Aufgabe noch besser gelingen? Welche weiteren Perspektiven oder Fragestellungen eröffnet das Thema Wertebildung?

Der Band kann von allen Interessierten kostenlos von der Website des Projekts (www.wertebildunginfamilien.de) heruntergeladen werden und erscheint zusätzlich in einer kleinen Auflage als gedrucktes Buch. Auf Anfrage können Printexemplare kostenlos versendet werden, solange der Vorrat reicht.

Dr. Annegret Erbes, DRK-Generalsekretariat, Carstennstraße 58, 12205 Berlin, erbesa@drk.de

Missbrauchsbeauftragter legt Handbuch über Schutzkonzepte vor

Ein neues Handbuch des Beauftragten für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs informiert Fachkräfte über konkrete Möglichkeiten zur Verbesserung des Schutzes vor sexualisierter Gewalt an Mädchen und Jungen. Es zeigt anhand von Praxisbeispielen, wie die Einführung von Schutzkonzepten in den mehr als 200.000 Einrichtungen und Institutionen, denen täglich mehr als 13 Millionen Kinder und Jugendliche anvertraut werden, gelingen kann. Das 64-seitige »Handbuch Schutzkonzepte sexueller Missbrauch« kann als Druckschrift bei der Geschäftsstelle des Beauftragten für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs kostenlos bezogen werden (kontakt@ubskm.bund.de) oder direkt aus dem Internet als PDF-Dokument heruntergeladen werden.

www.beauftragter-missbrauch.de

Arbeiterwohlfahrt veröffentlicht Informationsblätter zur Pflege

Pflege ist ein komplexes Thema. Vor allem Menschen, die sich zum ersten Mal mit diesem Thema befassen, fällt es schwer, die zahlreichen Informationen aus Beratungsgesprächen aufzunehmen. Wichtige Fragen tauchen oft erst nach der Beratung auf. Die Arbeiterwohlfahrt hat deshalb Informationsblätter herausgegeben, die Antworten geben auf Fragen zur Pflegestufe, zur Pflegeentlastung oder zur Vereinbarkeit von Pflege und Beruf. Die Blätter können kostenlos im Internet heruntergeladen werden.

www.awo-pflegeberatung.de

Neue Themen in der ambulanten Gesundheitsberatung

Die Deutsche Vereinigung für Soziale Arbeit im Gesundheitswesen e. V. registriert eine Veränderung in den Beratungsbedarfen kranker Menschen und sieht einen konzeptionellen und strukturellen Weiterentwicklungsbedarf der ambulanten Beratung. Diese entstehe beispielsweise durch neue Armutsproblematiken, die Rückkehr von Wohnungsnot für bestimmte Gruppen in den Ballungszentren, die Ausdünnung gesundheitlicher Versorgungsstrukturen in ländlichen Gebieten und die Veränderungen familiärer und

aus der Vorstandsarbeit vergraulen kann (»Überfrachten Sie den neuen Vorstand mit Informationen«).

www.fes-mup.de/veroeffentlichungen/broschueren/ehrenamtliche-vorstaende-gesucht.html

Immer mehr Integrationsfirmen in Deutschland

Die Zahl der Integrationsfirmen in Deutschland steigt weiter. Nach dem neuen Jahresbericht 2012/2013 der Bundesarbeitsgemeinschaft der Integrationsämter und Hauptfürsorgestellen gibt es nun insgesamt 726 Integrationsfirmen gestiegen. Insgesamt wurden 56 Firmen in zwölf Bundesländern neu gegründet und unterstützt. In Integrationsfirmen finden 21.534 Menschen eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung. Die Zahl der schwerbehinderten Mitarbeiter in den Firmen stieg auf 10.164. Der Bericht steht im Internet kostenlos zum Herunterladen zur Verfügung.

www.bag-if.de/wp-content/uploads/2013/11/JB_BIH12_151013_screen.pdf

Mehr Freiwillige in der Altenhilfe, weniger im Katastrophenschutz

Der Arbeiter-Samariter-Bund hat eine neue Studie zur Freiwilligenarbeit in seinem Verband vorgestellt. Danach engagieren sich rund 16.000 Freiwillige und Ehrenamtliche in allen Bereichen des Verbandes. Im Durchschnitt engagieren sich Freiwillige acht Jahre lang beim Arbeiter-Samariter-Bund. Doch sei Freiwilligenarbeit kein Selbstläufer mehr, gab der Bundesvorsitzende Knut Fleckenstein zu bedenken. Jugendlichen und Erwachsenen bleibe heute wenig Zeit für bürgerschaftliches Engagement. Der demografische Wandel verschärfe zudem das Problem. So fehlten zunehmend junge Helfer im Katastrophenschutz. Die Studie habe aber gezeigt, dass mit zeitlich flexibleren Weiterbildungsangeboten dem entgegensteuern werden könne. Besonders die Gruppe der »proaktiven Freiwilligen« wachse. Diese Freiwilligen stießen erst im fortgeschrittenen Alter zum Verband und suchen gezielt eine Tätigkeit, bei der sie etwas Neues kennenlernen können.

www.asb.de/studie-zur-freiwilligenarbeit-im-asb.html

E-Mail aus Uganda



»Es gibt viele Kinder wie mich, die Ideen haben, wie man die Welt verändern kann«

Ich bin Esther Namitala aus Nsambya in Kampala. Ich bin zwölf Jahre alt und Schülerin in der 6. Klasse der Grundschule in Makindye. Mein Vater heißt Alex Kiiza und meine Mutter Bitrice Nabakooza. Ich habe vier Brüder und zwei Schwestern. Zuerst möchte ich sagen, dass ich mein Heimatland Uganda liebe und stolz darauf bin Uganderin zu sein. Seit ich elf Jahre alt war, hatte ich den Traum, Uganda zu verändern, aber ich konnte ihn nicht erfüllen, weil ich jung war. Ich bin Tänzerin im Rainbow House of Hope Uganda, von dem ich unterstützt werde, weil ich so gut mitmache und weil Gott auf meiner Seite war.

Vor einigen Monaten hatte ich die Chance, nach Deutschland zu gehen. Wir waren sieben Jugendliche und ein Erwachsener, die diese Reise machten. Wir wurden von der Kinderkulturkarawane eingeladen mit dem Ziel, vor Publikum zu tanzen. Erst später realisierte ich, dass ich nicht nur dorthin gegangen bin um aufzutreten, sondern auch um vieles zu lernen.

Als ich in Deutschland war, war es Sommer. In Deutschland gibt es wenig Sonne, aber die Leute versuchen, sie soviel wie möglich zu nutzen. Sie bauen Solaranlagen, sogar einzelne Menschen setzen Solarzellen auf ihre Häuser. Das ist etwas, worüber die ugandische Regierung noch nicht nachgedacht hat. Hier haben wir Sonne von Januar bis Dezember. Wenn die Regierung oder reiche Leute Solaranlagen guter Qualität aus Deutschland oder anderswoher importieren und hier einrichten würden, wäre es besser als die Natur durch Wasserkraftwerke zu zerstören oder gar Wasserkraft nach Kenia und Tansania zu verkaufen.

Zweitens sah ich in Deutschland, wie Müll getrennt wird. Die Menschen trennen verwertbare Produkte, Glas, Plastik und Papier, um die Umwelt sauber und sicher zu halten und aus dem benutzten

Material wieder andere Produkte herstellen zu können. Deutschland und Europa sind so grün! Was mich überrascht hat war, als ich hörte, dass man die Polizei oder die Regierung informieren muss, wenn man einen Baum fällt und man Geld bezahlen muss, um den Baum zu ersetzen. Einen anderen Baum zu pflanzen – das passiert in Uganda nicht. Die Regierung muss ein Gesetz dazu machen, sonst wird Uganda in 50 Jahren eine Wüste sein.

Drittens: das Wasser- und Abwassersystem. Ich weiß, dass wir in Uganda ein Wasser- und Abwasseramt haben. Aber in vielen Regionen ist nichts organisiert. In Deutschland hat uns der Bürgermeister einer kleinen Stadt etwas über das Wasser- und Abwassersystem erzählt. Ich habe gemerkt, dass sie viel Geld investiert haben, um ihre Stadt zu verändern, beispielsweise um das Wasser zu reinigen. Sie haben gekämpft bis ihr Wasser- und Abwassersystem in Ordnung war. In Lörrach bauen sie Häuser und verbinden sie so mit dem Abwassersystem, dass man Brauchwasser von Abwasser trennen kann und sie benutzen spezielle Medizin, um Keime und Bakterien im Wasser abzutöten. Es wird sauber und danach kann es in Flüsse und Seen fließen. Wenn diese Technologie in Uganda eingeführt würde, könnte sie helfen, Abwasser in sauberes Wasser zu verwandeln.

Viertens: die Straßensicherheit. In Deutschland sah ich, dass sie sich um Straßensicherheit und die der Bürger kümmern. Sie haben viele Straßenschilder, Zebrastreifen und viele andere Zeichen. Sie haben Ampeln an jeder Kreuzung in der Stadt und auf dem Land. Sie haben gute Straßen, die auch zur Sicherheit beitragen. Die Straßen in Uganda sind schlecht, Müll liegt herum und niemand kümmert es. Das liegt an korrupten Führern; anstatt Geld richtig zu verwenden, kaufen sie Autos und schöne Häuser. Leute zahlen Steuern, weil sie denken, bessere Dienstleistungen beispielsweise im Gesundheitsbereich, in der Ausbildung oder im Nahverkehr dafür zu bekommen. Aber am Ende weigern sie sich, Steuern zu zahlen, weil nichts passiert. Kinder haben Angst, Straßen zu überqueren, weil es keine Zebrastreifen gibt oder weil niemand anhält. Die Fahrer kümmern es nicht und sie werden nicht kontrolliert. Wenn die Sicherheit in einem Land gut ist, werden die Gesetze auch nicht mehr gebrochen.

Ich habe noch mehr Ideen, wie man Uganda verändern könnte. Ich wünsche mir, dass die ugandische Regierung die Ideen der jungen Generation aufgreift. Dann wäre die Welt ein Wunder, weil es viele Kinder gibt wie ich, die Ideen haben, um die Welt zu ändern.

Esther Namitala

Die Übersetzung des Textes aus dem Englischen besorgte Ulrike Hummel-Beck, die sich im Vorstand des Rainbow House of Hope Uganda e. V. (www.rainbowhouse.info) engagiert.

nachbarschaftlicher Netzwerke. Hinzu kämen neue berufliche Problemlagen, die aus dem gesellschaftlich gewünschten längeren Verbleib der Menschen im Erwerbsleben resultierten sowie aus dem individuellen Wunsch vieler Menschen mit chronischen Erkrankungen, weiter einer Erwerbsarbeit nachzugehen. Auch das Genehmigungsverhalten der Kostenträger bei bestimmten Sozialleistungen unterliege Veränderungen und erhöhe den Bedarf an unabhängigen Beratungsleistungen ebenso wie die steigende Zahl an kommerziellen

Gesundheitsleistungen (IGEL-Leistungen) und die Ausdifferenzierung der gesundheitlichen Angebote. Vor diesem Hintergrund hat die Vereinigung ihre Anforderungen an die Weiterentwicklung der ambulanten gesundheitlichen Beratung aus der Perspektive der Sozialen Arbeit in einem Positionspapier erarbeitet. Fachkräfte der Sozialen Arbeit spielten dabei eine zentrale Rolle. Das 20-seitige Positionspapier steht auf der Website der Fachgesellschaft zum Herunterladen zur Verfügung. www.dvsg.org

Früherkennung psychischer Erkrankungen durch Vernetzung verbessern

Früh erkannt lassen sich viele psychische Erkrankungen gut behandeln. Auch vorbeugende Maßnahmen sind möglich, wenn Lebensumstände oder Arbeitsumfeld auf ein erhöhtes Krankheitsrisiko hindeuten. Darauf hat der neu gegründete »Spitzenverband ZNS« hingewiesen. In der Organisation haben sich neurologische und psychiatrische Berufsverbände zusammengeschlossen,

Termine

Konflikte – theoretische und praktische Herausforderungen für die Soziale Arbeit. 25. und 26. April 2014 in Köln. Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Soziale Arbeit e. V. <http://dgsainfo.de>

Kein Stress mit dem Stress! Lösungsorientiertes Stressmanagement und Mentaltraining. 6. Mai 2014 in Frankfurt am Main. Fort- und Weiterbildungsinstitut der Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Frankfurt am Main e. V. www.awo-frankfurt.de/awo/Bildung/FWIA

Ressourcen im Sozialen Raum. Ansatzpunkte für das Fallmanagement. 6. und 7. Mai 2014. www.fortbildung.kvjs.de

Bundeskinderschutzgesetz und die Umsetzung der Qualitätsanforderungen in Einrichtungen. 9. Mai 2014 in Mainz. www.akademie.org

Aufgeheizte Stimmung abkühlen. Analyse von eskalierenden Situationen und Maßnahmen, um Situationen zu entspannen. 12. Mai 2014 in Stuttgart. www.wohlfahrtswerk.de

Jugendhilfe in Veränderung: Organisations- und Qualitätsentwicklung als Daueraufgabe. Arbeitsgruppe Fachtagungen Jugendhilfe im Deutschen Institut für Urbanistik. 15. und 16. Mai 2014 in Berlin. www.fachtagungen-jugendhilfe.de

Beurteilungs- und Beobachtungsfehler vermeiden: praktische Schritte und Handlungsempfehlungen. 22. Mai 2014 in Berlin. www.kbw.de

Freizügigkeitsberechtigte Unionsbürgerinnen und Unionsbürger in der Sozialen Arbeit. 22. Mai 2014 in Berlin sowie 10. und 11. September 2014 in Hannover. www.akademie.awo.org

16. Werkstatt für Gemeinwesenarbeit. 2. bis 4. Juni 2014 in Eisenach. www.fakd-dm.de

Grundlagenseminar Sozialraumorientierte Arbeit. Ein praxisorientierter Einstiegskurs. 17. und 18. Juni 2014 in Essen. www.fakd-dm.de

Laterales Führen: Erfolgreich Führen ohne formale Macht. 23. und 24. Juni 2014 in München. www.ibpro.de

Herausforderung: Gestaltung einer inklusiven Kultur. Entwicklung einer »Kultur der Inklusion« im Quartier und Sozialraum. 1. bis 4. Juli 2014 in Rothenburg. www.fakd-dm.de

Demenz und Migration: Zugangswege und Lösungsansätze. 7 und 8. Juli 2014 in Nürnberg. www.awo-bundesakademie.org

Trajekt-Coaching. Ein strukturiertes und fokussierendes Coaching-Programm für Multi-Problem-Familien. 3. bis 5. September 2014 in Remagen-Rolandseck. www.akademie.awo.org

Die gutachtliche Stellungnahme in der Sozialen Arbeit. 9. und 10. September 2014 in Münster. www.fh-muenster.de/fb10

Update Kinder- und Jugendhilferecht (SGB VIII). 10. September 2014 in Münster. www.fh-muenster.de/fb10

Gelassen statt gestresst. Training Emotionaler Kompetenzen (TEK) zur Stress- und Emotionsregulation. 22. bis 24. September 2014 in Mainz. www.kfh-mainz.de

Auf dem Weg zur Führungskraft. Basiskurs Führen und Leiten. Berufs begleitende Zusatzqualifikation. Beginn 24. September 2014 in Frankfurt am Main. Fort- und Weiterbildungsinstitut der Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Frankfurt am Main e. V. www.awo-frankfurt.de/awo/Bildung/FWIA

16. ConSozial. 5. und 6. November 2014 in Nürnberg. www.consozial.de

Vorschau: Tradition und Innovation. 9. Kongress der Sozialwirtschaft. 16. und 17. April 2015 in Magdeburg. www.sozkon.de

Vorschau 2015: 80. Deutscher Fürsorgetag. 16 bis 18. Juni 2015 in Leipzig. Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e. V. www.deutscher-verein.de

um gemeinsam mehr Einfluss ausüben zu können. Eine gute Früherkennung gelinge sowieso nur interdisziplinär. Dafür sei es notwendig, dass Psychiater, Neurologen und Nervenärzte mit Hausärzten eng zusammenarbeiteten, sagte der Vorsitzende der neuen Organisation, Frank Bergmann, in Berlin. Hausärzte seien zum Beispiel oft die ersten Ansprechpartner, wenn Patienten beruflich überlastet sind. Sie könnten als Weichensteller eine psychiatrische oder nervenärztliche Abklärung empfehlen. Zeitnahes Eingreifen könne beispielsweise ein Burn-out verhindern. www.bvdn.de, www.bvdp.de, www.bdn.de

Jugendnotruf sucht Fachkräfte für ehrenamtlich Beratungen

Die Online-Beratungsplattform für Kinder und Jugendliche in Not stellt einen rasanten Anstieg von Notrufen fest. Aktuell müssten Ratsuchende bis zu zwei Wochen auf eine Antwort warten. Der Anbieter der Beratungsplattform, der Verein jungundjetzt e. V., nimmt deshalb keine Neuanmeldungen mehr an. Der Verein sucht dringend Psychologen und Sozialpädagogen, die sich drei bis vier Stunden in der Woche ehrenamtlich in der Online-Beratung von ihrem eigenen Computer aus engagieren wollen. www.jugendnotmail.de

Deutscher Verein fordert »Bundesteilhabegeld«

Der Deutsche Verein für öffentliche und private Fürsorge e. V. fordert die zügige Umsetzung eines Bundesleistungsgesetz außerhalb des Fürsorgesystems. Ein wichtiges Element dabei sei das »Bundesteilhabegeld«. Es reiche nicht aus, wenn die zukünftige Koalition lediglich das Teilhabegeld prüfe und nicht im Rahmen der Reform der Eingliederungshilfe umsetze. Darüber hinaus sei mit der Reform der Eingliederungshilfe eine trägerübergreifende Kooperation und Koordination erforderlich. Für eine strukturelle Änderung »inklusionshemmender Barrieren« sei es wichtig, den Teilhabedarf personenzentriert, partizipativ und trägerübergreifend zu ermitteln. www.deutscher-verein.de/05-empfehlungen/empfehlungen_archiv/2013/DV-13-13-Bundesteilhabegeld

HIV und chronische Erkrankung können als »Behinderung« gelten

Das Bundesarbeitsgericht hat in einem richtungsweisenden Urteil klargestellt, dass die HIV-Infektion als Behinderung im Sinne des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) gilt. Das Bundesarbeitsgericht erklärt auch, dass chronische Erkrankungen als Behinderung gelten können. Damit kann das Urteil auch über den Kreis der Menschen mit HIV hinaus Auswirkungen auf andere chronische Krankheiten haben (6 AZR 190/12).

<http://juris.bundesarbeitsgericht.de>

Arbeitsmarkt-Leitfaden für Flüchtlinge und Migranten

Eine Neuauflage seines Leitfadens »Arbeitserlaubnisrecht für Flüchtlinge und Migranten« hat der Flüchtlingsrat Niedersachsen e. V. vorgelegt. Die Ausführungen berücksichtigen alle Gesetzesänderungen, die für den Arbeitsmarktzugang von Drittstaatlern und EU-Bürgern relevant sind.

<http://azf2.de/wp-content/uploads/2010/10/>

[Flu%C3%8C%CB%86Ra_Rechtsreader_Vierte-Auflage_WEB.pdf](#)

Krank gegen kaufsüchtig



Ein Kurzvideo der Frankfurter Werkgemeinschaft greift Vorurteile gegenüber Menschen mit einer psychischen Erkrankung auf und konterkariert diese Meinungen durch die gesellschaftlich weitgehend akzeptierten Verhaltensweisen der Sprecher. So erregt sich eine Kundin über den unvermittelten Weinkrampf einer Supermarkt-Kassiererin (»labile Tante«) angesichts des Warenbergs auf dem Laufband. Die blasierte Kundin wird dann als »kaufsüchtig« geoutet. Der »Social Spot« zum Thema Inklusion psychisch erkrankter Menschen wurde für die Frankfurter Werkgemeinschaft produ-

ziert im Rahmen ihres von der Aktion Mensch geförderten Projekts »Seiso-FREI...und bleib dran!«. Der Videoclip steht auf YouTube kostenlos zum Anschauen zur Verfügung.

www.youtube.com/watch?v=HJTqOtuW0oQ&list=PL_KyUIRKp5OpNhs5rkrhIHfIX6fFSfq

Entstigmatisierung psychischer Erkrankungen

Das Aktionsbündnis Seelische Gesundheit hat ein umfangreiches Dossier zum Thema »Entstigmatisierung psychischer Erkrankungen« zusammengestellt. Auch wenn mittlerweile bekannt ist, dass psychische Erkrankungen zu den häufigsten Krankheitsbildern zählen und nahezu jeden von uns – ob persönlich oder in der Familie – treffen können, zeigen neueste Forschungsergebnisse, dass sich die Einstellung gegenüber der Betroffenen noch nicht entscheidend verbessert hat. Der neue Themendienst ist Teil des Informationsdienstes des Aktionsbündnisses Seelische Gesundheit, in dem regelmäßig aktuelle Informationen aus dem Bereich der seelischen Gesundheit redaktionell zusammenstellt werden. Die Texte können von Organisationen und Medien übernommen werden.

www.seelichegesundheit.net

Pubertät entscheidend für späteres Trinkverhalten

Je früher Kinder und Jugendliche mit Alkohol in Kontakt kommen, desto riskanter ist ihr späteres Trinkverhalten. Diese Erkenntnis wird anhand einer Studie des Mannheimer Zentralinstituts für Seelische Gesundheit um einen entscheidenden Faktor ergänzt: Vor allem die Pubertät ist der Zeitraum, in dem der Konsum von Alkohol ein späteres Suchtverhalten am stärksten beeinflusst. Da die Pubertät bei Mädchen früher einsetzt, als bei Jungen, ist die riskante Reifungsphase bei den Geschlechtern unterschiedlich und muss bei Aufklärungs- und Präventionsmaßnahmen entsprechend berücksichtigt werden. In der aktuellen Ausgabe des »Alkoholspiegels« der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung werden unter anderem die Ergebnisse der Studie vorgestellt.

www.bzga.de/presse/publikationen

»Was hat die Oma?«

Heutzutage erleben immer mehr Kinder, wie ihre Groß- oder Urgroßeltern an Demenz erkranken. Wird ihnen die Krankheit nicht richtig erklärt, kann das Krankheitsbild bei Kindern schnell Irritationen und Ängste auslösen. Die Internetseite »Was hat Oma?« ist eine von der Technischen Universität Dresden entwickelte interaktive Lernumgebung, die das Krankheitsbild Demenz kindergerecht und auf spielerische Art und Weise erklären will. Das Spiel gibt praktische Tipps für den Umgang mit an Demenz erkrankten Großeltern und stärkt auf diese Weise das Miteinander der Generationen.

www.was-hat-oma.de

Militarisierung Europas

Mit einer neuen schmalen Schrift will Rudolph Bauer einen Beitrag zur Debatte über die Entwicklung des Militärischen in der Bundesrepublik Deutschland und in der Europäischen Union leisten. Der ehemalige Hochschullehrer für Sozialpädagogik und Sozialarbeitswissenschaft an der Universität Bremen hebt die in der Öffentlichkeit kaum beachtete Rolle der Bertelsmann-Stiftung hervor. Flankiert von den Medien des Bertelsmann-Konzerns und mit Hilfe von Sicherheitsexperten wie der »Venusberg-Gruppe« betreibe die Stiftung zielstrebig und ohne demokratischen Legitimation die Militarisierung der Gesellschaft in Deutschland und Europa. Die Broschüre kann direkt beim Bremer Friedensforum bestellt werden (www.bremerfriedensforum.de).

Rudolph Bauer: Wir befinden uns mitten im Krieg. Militarisierung im Digitalen Zeitalter. Bremen 2014, Bremer Friedensforum. 36 Seiten. 5,- Euro. ISSN 2198-1736.

Südwestdeutsche Diakonie startet Welcome Center für Sozialwirtschaft

Mit einem Projekt für internationale Fachkräfte in der Sozialwirtschaft wollen die Diakonischen Werke in Baden und Württemberg neue Strukturen schaffen, um vor allem kleine und mittlere Unternehmen in der Sozialwirtschaft sowie Fachkräfte aus dem Ausland zu beraten. Das Anliegen eines »Welcome

Centers« ist es, Fachkräfte aus dem Ausland und bereits sich im Lande aufhaltende ausländische Kräfte dauerhaft für Baden-Württemberg zu gewinnen. Das Center ist Anlaufstelle für freie, öffentliche und private Träger. Das Modell wird vom Europäischen Sozialfonds und dem Stuttgarter Ministerium für Wirtschaft und Finanzen für ein Jahr finanziell unterstützt. Ab Juni sollen Beratungstellen in Stuttgart und Karlsruhe angeboten werden.

www.diakonie-wuerttemberg.de

»Soziale Stadt« soll wieder ausgebaut werden

Die neue Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit, Dr. Barbara Hendricks (SPD), hat eine deutliche Ausweitung des Programms »Soziale Stadt« angekündigt. Für die Städtebauförderung stünden künftig 700 Millionen Euro jährlich zur Verfügung. Von dem Mittelzuwachs solle insbesondere das in der vergangenen Legislaturperiode stark reduzierte Programm »Soziale Stadt« profitieren.

www.bmub.bund.de

»Sozialwirtschaftliche Beziehungen stärker beachten«

Die Fachgruppe Sozialwirtschaft in der Deutschen Gesellschaft für Soziale Arbeit e. V. wendet sich gegen ein zu enges Verständnis von Sozialwirtschaft, das hauptsächlich auf die dienstleistenden Unternehmen fokussiert. In einer Diskussion der Fachgruppe am 29. Januar 2014 in Stuttgart betonten die teilnehmenden Wissenschaftler und Leitungskräfte, der Blick solle verstärkt auf die Beziehungen gerichtet werden, in denen ein sozialer oder gesundheitsbezogener Bedarf erkannt, ausgehandelt, bedient und gedeckt werde. Daran beteiligt seien neben den Diensten und Einrichtungen der Sozialwirtschaft auch die Sozialleistungsträger, gewerbliche Leistungserbringer sowie informell Beteiligte und Betroffene. In diesen Beziehungen der Akteure aufeinander nähmen sie Verpflichtungen wahr und disponieren entsprechend in ihrem Einsatz von Mitteln und Kräften. Das nächste Treffen der Fachgruppe soll im Herbst 2014 stattfinden.

<http://dgsainfo.de/fachgruppen/sozialwirtschaft.html>

Kennzahlen

»Die Statistik ist die wichtigste Hilfswissenschaft in der neuen Gesellschaft, sie liefert das Maß für alle gesellschaftliche Tätigkeit.«

August Bebel, deutscher Politiker (1840–1913)

42.683

Zahl der offenen Verfahren am Jahresende 2013 am größten deutschen Sozialgericht in Berlin

4

Anzahl der diplomatisch anerkannten Staaten der Erde, von denen keine Staatsangehörigen dauerhaft in Deutschland leben (nämlich Timor-Leste, Palau, Mikronesien und die Marshallinseln)

1.477

Betrag in Euro, die jährlich in Deutschland durchschnittlich pro Kopf für Informationstechnik und Telekommunikation ausgegeben werden (EU-Durchschnitt: 1.197 Euro)

64

Durchschnittliche Anzahl von Studierenden pro Hochschullehrer in Deutschland im Jahre 2012

43.841

Zahl der Tagesmütter und Tagesväter zur Betreuung für Kinder unter drei Jahren in Deutschland am 1. März 2013

28

Anteil in Prozent der Bachelor-Studenten im Jahr 2010, die ihr Studium in Deutschland abgebrochen haben

360.727

Zahl der Abschlussprüfungen an deutschen Hochschulen im Jahre 2012